

dierte Quellenaufbereitung als Grundlage für eine noch ausstehende kontroverse ukrainisch-deutsche Auseinandersetzung mit der Zeit der beiden Weltkriege (S. 31) genutzt werden.

Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), 2 Bände, hrsg. v. Uwe Hoßfeld, Tobias Kaiser und Heinz Mestrup unter Mitarbeit von Horst Neuper, Köln: Böhlau Verlag 2007, 2334 S.

Rezensiert von
Matthias Middell, Leipzig

Nach 1160 Seiten über die „Kämpferische Wissenschaft“ an Jenas Universität während des Nationalsozialismus, die die 1998 eingerichtete Senatskommission der Salana zur Erforschung ihrer Geschichte bereits vorgelegt hat¹, wird die rund dreimal so lange währende sozialistische Epoche der Universitätshistorie jetzt von nicht weniger als 85 Autorinnen und Autoren auf knapp zweieinhalbtausend Seiten porträtiert. Der Bogen reicht von aufgefrischten Fachschulabschlussarbeiten aus dem Jahr 1990 (Rita Seifert), die dem wenig informierten Leser ein Organigramm der in der Dritten Hochschulreform umgestalteten Leitungsebenen bietet, über Erinnerungen ehemaliger Professoren und Studenten (darunter auch der inzwischen als Literatur berühmt gewordene Lutz Rathenow) bis zu Aufsätzen, die anhand gründlicher

Archivrecherchen die Geschichte des markanten Hochhauses im Zentrum der Saalestadt, die Entwicklung einzelner Disziplinen oder herausragende politische Konflikte behandeln.

Die Aufmerksamkeit, die die Universität im Hinblick auf ihr Jubiläum der eigenen Überlieferung seit Jahren widmet, trägt in der kompetenten Unterstützung der Forscher durch die Universitätsarchivangestellten reiche Früchte. Daneben geben die überreichlich sprudelnden Quellen der Rudolstädter und Berliner Bestände von SED und DDR-Ministerien bzw. der ihnen nachgeordneten Behörden eine exzellente Grundlage für detailgenaue Rekonstruktion.

Wer die Auseinandersetzungen um die DDR-Wissenschafts- und Universitätsgeschichte in den letzten Jahren verfolgt hat, wird hierin aber auch eine gewisse Beschränkung erkennen, denn in diesen Überlieferungen ist vor allem vom Handeln der politischen Eliten und von der administrativen Steuerung der Hochschulen und ihrer Fachbereiche bzw. dem Widerstand dagegen (oder auch nur der Antizipation von Unmut in den Analysen der Herrschenden) die Rede. Der Aktenzugang zu Auseinandersetzungen, die noch nicht sehr lange zurückliegen und deren Zeitzeugen, Täter und Opfer noch selbst in die Deutung eingreifen oder mit den Resultaten der historischen Betrachtung konfrontiert werden können, hat dabei seinen eigenen Reiz. Nicht nur die beiden voluminösen Bände zur Universitätsgeschichte Jenas sind voll von Beiträgen, die diesem Reiz nachgeben. Weitgehend unreflektiert bleibt dabei, inwieweit eine solche Analyse mit der Nutzung entsprechender Quellenbestände auch die Perspektive de-

rer einnimmt, die diese Quellen hervorgebracht und nach ihren Kriterien sortiert haben.

Nun haben unleugbar die SED-Führung (der verschiedensten Ebenen) und das Staatssekretariat bzw. Ministerium für Hochschulwesen permanent regulierend in die Hochschulen eingegriffen, die Ausbildung künftiger Eliten des sozialistischen Staates zu einem Kernproblem gesellschaftlicher Entwicklung erklärt und nach Möglichkeit alles, was die Produktion eines systemkonformen Nachwuchses hemmen oder gar hindern könnte, zu meiden oder unterdrücken gesucht. Die entscheidenden Instrumente waren dafür die Besetzungspolitik, die Vorgabe von curricularen Normen und eine kampagnenhafte Einschüchterung des Selbstbehauptungswillens der Wissenschaft(ler), aber auch die Förderung genehmen Verhaltens durch Vorteilsgewährung materieller wie immaterieller Art. Davon berichten die Akten ausführlich, und dementsprechend stützt sich die Aufarbeitung der DDR-Hochschulgeschichte ganz wesentlich auf diese Aspekte.

Dabei hatte die politische Führung jedoch mindestens zwei Beschränkungen einzukalkulieren: das Wissenschaftssystem funktionierte teilweise nach anderen Regeln und Ritualen als das politische oder das Produktionsregime, es bezog seine Maßstäbe nicht allein oder vorrangig aus den Planvorgaben der SED. Hierauf war die SED-Führung intellektuell nur ungenügend vorbereitet, und jene Wissenschaftler, die von der herrschenden Partei als Vertreter eines neuen Wissenschaftsverständnisses angesehen wurden, erwiesen sich teilweise als anfällig für die Reize eines eigenständigen Wissenschaftssystems, das

sich nicht einfach den politischen Vorgaben unterordnete. Bis zu offenem Widerstand reichte es nur in den seltensten Fällen. Vielmehr suchten zahlreiche Hochschullehrer ihr ganz persönliches Arrangement durch die Behauptung eines Wirkungskreises, für den sie aufgrund fachlicher Kompetenz Autonomie beanspruchten, und die gleichzeitige Teilnahme an einer beinahe ritualisierten Zustimmung zu den Prämissen des Regimes. Der Unterschied zum Verhalten von Professoren an anderen Orten fiel dabei häufig geringer aus, als es der grundsätzliche Systemunterschied nahelegen mag.

Die Motivationen für ein solches Arrangement waren vielfältig, sie reichten von der Verpflichtung auf ein humanistisch begründetes Arzt-Patienten-Verhältnis über eine technokratisch zu nennende Konzentration auf subdisziplinäre Aspekte bei gleichzeitiger Reduzierung der gesellschaftlichen Einbettung auf die wirtschaftliche Verwertung (in den Naturwissenschaften besonders häufig anzutreffen, aber auch in Teilen der Sozialwissenschaften üblich) bis zum Beharren auf den Standards einer internationalen scientific community gegenüber allzu plumpen politischen Eingriffen.

Nach 1989 trug man diesen Motivlagen Rechnung, indem für ganze Fachbereiche angenommen wurde, dass sie die vorherrschenden gewesen seien und bei einem Austausch des Personals nur jene betroffen seien, die von diesen (als anschlussfähig eingestuft) Motivlagen erkennbar abgewichen waren. Michael Ploenus beschreibt in seinem Artikel über die „Wende“ an der Friedrich-Schiller-Universität 1989–91 auf Genaueste, wie die Berufung auf solche Arrangements vor allem durch Mediziner

und Naturwissenschaftler in moralische Autorität für eine selbstbestimmte Erneuerung umgemünzt wurde.

Demgegenüber standen die sog. Gesellschaftswissenschaften unter dem Generalverdacht einer vollständigen Unterordnung unter die Regimeziele, des Ausverkaufs aller Autonomieansprüche der Wissenschaft und (daraus folgend) des besonders schäbigen Verhaltens gegenüber Kollegen und Studierenden. Die „Abwicklung“ ganzer Fachbereiche kehrte hier die Beweislast um – nicht der Nachweis individuellen Fehlverhaltens war gefordert, sondern ein Zeugnis besonderer Widerständigkeit bei der Verteidigung der eigenen Wissenschaftlichkeit. Danit waren aber in den DDR-Hochschulen nur sehr wenige aufgefallen, wenn Widerständigkeit als politisch relevantes Beharren auf der Autonomie des Faches und der akademischen Institution verstanden werden soll.

Hier eröffnen zwei Beiträge in den vorliegenden Bänden eine neue Dimension, die unbedingt zusammen gelesen werden sollten: Ilko-Sascha Kowalczuk, bereits mehrfach hervorgetreten mit Publikationen zur Geschichte der DDR-Historikerschaft und der politischen Konflikte von 1953 und 1961, resümiert noch einmal den Aktenbestand im SAPMO zu den frühen Konflikten in Jena um Karl Griewank und Irmgard Höß. Deren Anspruch auf Freiheit des Denkens und Anerkennung unterschiedlicher methodologischer Grundlagen beim Erreichen wissenschaftlicher Ergebnisse erscheint in Kowalczuks Darstellung als die Illusion tragisch scheiternder Idealisten. Dass diese Illusion überhaupt an einer DDR-Hochschule für einige Jahre gepflegt werden konnte, hätte zu tun gehabt mit dem Mangel an Mar-

xisten für die Ausbildung der künftigen DDR-Hochschullehrerschaft. Die SED hätte Historiker wie Griewank als „nützliche Idioten“ für eine gewisse Zeit gewähren lassen, aber sie Ende der 1950er Jahre hinausgedrängt oder mundtot gemacht. Die rüden Attacken der Nachwuchskräfte gegen ihren akademischen Lehrer schockieren bis heute und können auch mit dem in aller Welt vorkommenden miserablen Benehmen profilierungsneurotischer Jungakademiker in keiner Weise gerechtfertigt werden.

Im Fortgang der Geschichte kommt Kowalczuk jedoch ins Stocken. Der neue starke Mann in Jenas Geschichtsinstitut, der den nach Leipzig wechselnden Max Steinmetz ablöste, war Dieter Fricke – eindeutig ein Mann der SED und offenkundig ebenfalls von klassenkämpferischer Durchsetzungskraft, die seine Kollegen teilweise in ungueter Erinnerung haben. Doch es gelang ihm zugleich mit einem zweibändigen Handbuch, später einem vierbändigen Lexikon der deutschen Parteiengeschichte ein auch jenseits der Grenzen der DDR geachtetes Standardwerk zu produzieren (oder jedenfalls die Produktion zu leiten). Dafür wurde strukturell Profilbildung (auch zu Lasten anderer Bereiche der Jenenser Geschichtswissenschaft) betrieben, reichlich Arbeitsleistung (von der studentischen Abschlussarbeit bis zur ewig hinausgezögerten Habilitation) herangezogen und zielstrebig an der Synthese gewerkelt, die dem Bedürfnis der DDR-Führung nach einem geschlossenen alternativen Geschichtsbild entsprach.

Hierzu geben nun aber die Akten der SED und des Ministeriums nur noch wenig her, und Kowalczuk muss angesichts einer größeren Zahl freundlicher Besprechungen

aus prominenter westlicher Feder, einigermaßen die Grammatik malträtiert, passen: „Eine Bewertung dieser beiden Publikationen fällt schwer und sollte sich auch nicht zu einfach gemacht werden“ (S. 1666).

Ganz so schwer scheint es nicht zu fallen, denn im unmittelbar anschließenden Aufsatz machen sich Hans-Werner Hahn und Tobias Kaiser daran, Handbuch, Lexikon, ost- und westdeutsche Parteienforschung nebst Rezeption zu analysieren. Der Fußnotenapparat weist uns hier nicht zu den politischen Akten, sondern zu den publizierten Hervorbringungen der Jenenser Parteienforscher und ihrer westlichen Konkurrenten und Kollegen. Hahn und Kaiser konzedieren souverän die Stärken des Frickeschen Unternehmens und gehen dann auf die problematischen Vorannahmen (der Leninschen Parteiendefinition) und die begrenzte Aufnahme des internationalen Forschungsstandes ein.

Das Beispiel ist für die Universitätsgeschichte insgesamt vielleicht belanglos. Für methodische Fragen jedoch keineswegs, denn hier wird vorgeführt, wo die Grenzen eines allein auf die politischen Konflikte und die dazugehörige Aktenlage fixierten Ansatzes liegen und wie diese Grenzen zu überwinden sind. Nicht nur Historiographie-, sondern auch Universitätsgeschichte im allgemeinen sollte sich nicht allein auf die Papiere in den Archiven verlassen, sondern die Produkte der Akteure, mithin vor allem die wissenschaftlichen Publikationen, in Augenschein nehmen!

Ein Blick in die häufig ausufernden Anmerkungen, die den Beiträgen beigegeben sind (kaum einer der Autoren tut es unter 150 Fußnoten bei einer durchschnittlichen Artikellänge von 20 Druckseiten),

zeigt, dass diese Stufe nur dort erreicht wird, wo nicht die Erstentdeckung des Feldes für die Wissenschaftsgeschichte im Vordergrund steht, sondern bereits eine längere fachinterne Debatte über die Einordnung der DDR-Epoche zugrunde liegt. Offenkundig gibt es einen gewissen Erschöpfungseffekt bei der Referierung der großen und kleinen Skandale. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Geschichte von Unterdrückung, Widerstand und Resistenz bereits hinreichend aufgearbeitet sei (vgl. hierzu auch Plädoyers von Rainer Eckert und weiteren Beiträgern der Sektion „Kritik, Opposition, renitentes Verhalten“, S. 2166-2256). Es verkennt aber die Rolle der Universitäten, sie allein unter dem Aspekt der politischen Beziehungen zum Regime zu betrachten. Die Leistungskraft der Hochschulen (und damit auch die Wirkung auf eine regimeüberschreitende Anschlussfähigkeit der erworbenen Qualifikationen der Absolventen) bemisst sich vielmehr danach, inwieweit ihre Angehörigen in der Lage waren, die (durchweg prekäre und niemals vollständige) Autonomie einer nach eigenen Logiken funktionierenden Institution gegen politische und ökonomische Vereinnahmung zu wahren. Dass die Bedingungen dafür in der DDR nicht günstig waren, zeigen die Beiträge der beiden Studienbände eindrucksvoll. Genauso deuten die im zweiten Band vereinigten „disziplingeschichtlichen Zugänge“ und „biographischen Zugänge“ ein umfangreiches Potential an fachspezifischen und individuellen Strategien an, diesen widrigen Bedingungen zu begegnen.

Den Herausgebern ist in einem organisatorisch-editorischen Kraftakt gelungen, sehr viele Facetten zu versammeln, die

in eine moderne Universitätsgeschichte hineingehören. Statt einer größeren Einleitung haben sie selbst wichtige Aufsätze beigesteuert (etwa mit Kaisers Darstellung der Hochschulreform 1950, mit Hoßfelds Studien zur Traditionspolitik der Biologie in Jena oder mit dem Blick Mestrups in die inneren Mechanismen der Universitätsparteileitung der SED sowie den wohl als Ausarbeitungen für eine größere zusammenhängende Darstellung gedachten Abrissen der Universitätsgeschichte in der Honeckerära und der Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen in den 70er und 80er Jahren von demselben Autor). Einer der materialreichsten Aufsätze der beiden Bände, Gustav-Wilhelm Bathkes Rückgriff auf die Daten der Studentenumfragen des DDR-Jugendinstituts von 1979, 1989 und 1990 für ein Porträt der im Saalekessel Studierenden, endet nicht zufällig mit der Zwischenüberschrift „Von den Schwierigkeiten, ein Fazit zu ziehen“ (S. 1015). Dies könnte auch als Titel für das Gesamtunternehmen gewählt werden. Denn erkennbar liegen der Bandgliederung außer einer Zäsur im Jahr 1968, die zwar die ersten beiden Abschnitte unterscheidet, aber ebenfalls nicht näher begründet wird, keine integrierenden Überlegungen zugrunde. Bildet 1968 eine Achse, an der sich die aufregende Zeit der heftigen Auseinandersetzungen und die Tristesse eines dem Ende entgegen dämmernden sozialistischen Hochschulwesens spiegeln lassen? Oder gehören die ostdeutschen Hochschulreformen zu den traumatisierenden Erfahrungen der nach 1990 Erinnernden? In der Vielfalt der ausgebreiteten Fakten kann man für unterschiedliche Deutungen Anhaltspunkte finden. Der große Vorzug dieses Werkes besteht zunächst darin,

denjenigen, die sich mit der jüngeren Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität nicht auskennen, ein reiches Anschauungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Nur wenige werden die beiden Bände in einem Zug lesen, dafür aber Möglichkeiten des Vergleiches nutzen. Angesichts der bevorstehenden Welle von Universitätsjubiläen in Ostdeutschland (nach der 450-Jahrfeier in Jena 2008 folgen Leipzig 2009 mit 600 Jahren und die 200-Jahrfeier in Berlin 2010) kann das nur begrüßt werden.

Anmerkung

- 1 „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, hrsg. von U. Hoßfeld, Köln/Weimar/Wien 2003.

Jaap Sleifer: Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936–2002 (= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 8), Berlin: Akademie Verlag 2006, 239 Seiten.

Rezensiert von
Rainer Karlsch, Berlin

Seit dem Ende der DDR wird über die Ursachen ihres Zusammenbruchs diskutiert. In der Wirtschaftsgeschichtsschreibung stand vor allem die Frage zur Debatte, ob die DDR-Wirtschaft einen schlechten Start oder einen schlechten Lauf hatte. Anders gefragt: war die im Vergleich zur Bundesrepublik immer mehr nachlassende ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR den ungünstigen Ausgangsbedingungen